

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Preis Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Zeile mit 10 Zeilen oder deren Raum 10 Pfennig. Bestellungen unter 25 Pfennig werden nicht angenommen. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 32.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld) Freitag, den 7. Februar 1930.

12. Jahrgang.

Du bist Gottes Werkzeug. Er verlangt deinen Dienst, nicht deine Ruhe. Tu um Gottes willen etwas Tapferes. Ulrich Zwingli.

Die Aktivierung Oesterreichs.

Schober ist in Rom. Zum ersten Mal nach dem Kriege hat ein aktiver österreichischer Staatsmann Italien betreten. Das ist ein Ereignis von historischer Bedeutung. Oesterreich, der kleine schwache Rumpfstaat, der von der alten Weltmacht der österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie übrig geblieben war, Oesterreich hatte seit 1918 nur die Rolle eines Objektes in der Politik gespielt. Daran hatte auch Seipel bei aller seiner internationalen Bedeutung nichts zu ändern vermocht. In den wenigen Monaten der Kanzlerschaft Schobers haben sich die Verhältnisse grundlegend geändert. Es mag sein, daß das Glück ihn besonders begünstigt hat; aber kaum ein anderer Staatsmann hat in so kurzer Zeit soviel für seine Heimat geleistet wie Schober. Innerpolitisch hat er mit der Verfassungsreform einen großen Schritt getan. Im Haag hat er die Befreiung Oesterreichs von der Entente erreicht und damit finanziell und wirtschaftlich neue Grundlagen gelegt. Nun ist er dabei, Oesterreich als Subjekt in die internationale Politik wieder einzuführen.

Man braucht an die Komreise Schobers keine großartigen Kombinationen zu knüpfen. Es genügt, wenn es dabei sein Verwenden hat, daß Schober mit Mussolini einen Schiedsgerichtsvertrag schließt. Man braucht sich aber nur den Widerhall anzusehen, den die Nachricht von der Komreise in der Presse der Kleinen Entente gefunden hat, um zu wissen, daß schon dieser erste Anfang einer Aktivierung Oesterreichs eine weiterwirkende Bedeutung hat. Wir glauben nicht daran, daß Oesterreich im Verhältnis zu Italien eine ähnliche Entwicklung nehmen wird wie Ungarn. Wenn man sich auch diesmal in Rom wohl hütet, von Südtirol zu sprechen, so bleibt Südtirol doch zwischen Oesterreich und Italien stehen. Mussolini wird keine Neigung haben, plötzlich um der österreichischen Freundschaft willen die Entdeutschungspolitik in Südtirol einzustellen. Und Schober würde trotz aller seiner Erfolge von einer Woge der Entrüstung fortgeführt werden, wenn er Italien gegenüber Südtirol preisgeben wollte. Aber es genügt zunächst ja auch, daß Italien nicht mehr auf allen Wegen der unbedingten Gegner Oesterreichs ist und daß Ungarn nicht mehr mit der gleichen Unverfrorenheit im Schutze Italiens nach dem deutschen Burgenland rufen kann. Verhandelt Mussolini mit Schober, so werden auch die Staaten der Kleinen Entente gezwungen sein, mit Oesterreich zu verhandeln, auf österreichische Wünsche einzugehen und dazu von ihrem hohen „Sieger“ Standpunkt herabzusteigen.

Aber diese Aktivierung Oesterreichs, die wir gerade im Reich besonders warm begrüßen, kann nicht plötzlich den mihandelten österreichischen Rumpfstaat lebendig machen. Wird auch in Rom bestimmt vom Anschluß nicht gesprochen, so ist doch die Aktivierung der österreichischen Politik in erster Linie bedeutsam für die Glättung der Beziehungen zur Erlangung des wichtigsten Rechtes Oesterreichs, des Rechtes über die Bestimmung seines staatlichen Schicksals im Rahmen der großen deutschen Nation.

Die tausendjährige Anleihe.

Vor rund vierzehn Tagen hatte die Firma Siemens u. Halske die Öffentlichkeit und wie es hieß, auch einen Teil ihrer Aktionäre mit der Nachricht überrascht, daß sie in Amerika eine Anleihe in Höhe von 150 Millionen Mark aufzunehmen gedenke. Viel wichtiger man damals über die Einzelheiten nicht. Es wurde vielmehr lediglich festgestellt, daß im Gegensatz zu dem bekannten Kredit der AEG die Selbständigkeit der Siemensschen Firma durch die Amerikaner in keiner Weise berührt würde. Und nun kommt die zweite Überraschung, daß nämlich der größte Teil der bei dem Bankhaus Dillon Read aufgenommenen Anleihe von der General Electric Co. in New York übernommen wird. Schließlich ist das Kuriosum zu erwähnen, daß die Anleihe unter Umständen erst in 1000 Jahren rückzahlbar ist.

Was diese tausendjährige Frist anlangt, so handelt es sich dabei um nichts weiter als um ein juristisches Wortspiel. Man hätte diese Frist mit einer beliebigen Zahl multiplizieren können, um sie dann mit astronomischen Ziffern anzugeben. Es wäre daselbe gewesen. Praktisch bedeutet es, daß die Obligationen, die die Amerikaner and vielleicht auch einige Holländer übernehmen, unkündbar sind, und so den Charakter von Aktien er-

halten. Die amerikanische Rechtsprechung verlangt jedoch, daß zwischen Obligationen und Aktien auf jeden Fall ein Unterschied gemacht werde, und darum setzte man eine Rückzahlungsfrist fest. Das ist alles. Im übrigen gilt diese Bestimmung nicht für die deutsche Tranche. Dennoch stellt diese Form des Vertrages in Deutschland etwas einzigartiges dar, wollte man nicht den in vieler Hinsicht natürlich völlig schiefen Vergleich mit dem ewigen Vertrag ziehen, den der sächsische Kaiser Heinrich I. der Städtebauer, im Jahre 1024 mit den Magyaren abschloß.

Wirtschaftlich viel bedeutsamer als das erwähnte juristische Kuriosum ist die Uebernahme des größten Teils der amerikanischen Tranche durch die General Electric Co., die vor noch gar nicht langer Zeit Großaktionär der AEG geworden ist. Im Falle Siemens bleibt doch die Hoffnung übrig, daß trotz der Aktienobligationen die Siemensgruppe einen großen Teil ihrer Selbständigkeit wahr. Andererseits dürfte durch die Verbindung zwischen Siemens und der General Electric wieder die Brücke zur AEG geschlagen sei, womit ein Verhältnis zwischen den beiden deutschen Gesellschaften beendet wird, das in letzter Zeit nicht gerade freundschaftlich zu nennen war. Schließlich findet Siemens durch die ganze Transaktion einen engeren Anschluß an die übrigen Elektrizitätskongerne der Welt. Daß Deutschland jedoch infolge der drückenden Tributlasten gezwungen ist, zuzusehen, wie das Ausland nationale Unternehmungen finanziert, statt daß wir selbst aus eigenem gesparten Kapital helfend und uns selbst nützend eingreifen, das bleibt auf jeden Fall eine bedauerliche Tatsache und ist leider ein Zeichen unserer nicht gerade glücklichen Zeit.

Brief aus Baden.

Wer weiß, wie lange diese Briefe noch „aus Baden“ werden geschrieben werden können? Und nicht etwa aus... Großschwabach! Denn wieder einmal steht die alte Frage nach Bildung des Südbundes auf der Tagesordnung. Es waren die christlichen Gewerkschaften, die soeben wieder bei ihrer Landestagung in Württemberg die Forderung ins Rollen brachten. Doch man stellt sich die Frage zu einfach vor. Auf keinen Fall wird die Forderung der bisherigen Verwaltungskosten der zwei Länder erspart werden. Von anderen Belangen ganz zu schweigen. Die Schwierigkeiten werden größer sein, als man denkt, will man andererseits gar die Rheinpfalz eingliedern. Bayern tut hier niemals mit! Und Bayern hätte doch auch ein Wort zu sagen. Und Hessen? Das will oder muß dann auch „erlöst“ werden! Denn die oberhessischen Gebiete, am unteren Neckar, erst recht Wimpfen, liegen vereinsamt da, und Hessen als Ganzes steckt heute besonders in Geldnöten. Aber gerade einen solchen zahlungsunfähigen Teilhaber wünscht man nicht ins Geschäft. So bleibt, zumal sich das Reich ja auch seinerseits vereinfachen will, bis dahin wohl alles beim alten!

Noch nicht einmal die beiden Schwarzwalddörfer in Baden und Württemberg konnten es zu einer Einigung bringen. Und man hat lange genug im alten Jahr darüber verhandelt. Ob das neue Jahr die Verschmelzung bringen wird? So sehen die Dinge in der greifbaren Nähe aus. Und erst die schulischen und kirchlichen Verschiedenheiten, ja, die ganze geistige Kultur? Lassen sich jene und läßt sich diese etwa leichter als ein bloßer Verein über einen Kamm scheren? —

Um die Schule vorweg zu nehmen, so zeigte bei der amtlichen Neujahrsfeier der Landesregierung in seiner Festrede: „Staat und Erziehung zum Staat“, Direktor Professor Dr. Ott, wie verschiedenartige Kräfte heute an der Jugend arbeiten. Schule, Gemeinde, Jugendbewegung, Elternhaus kamen zu Wort, vielleicht zu wenig die kirchlichen Kräfte — sofern der Vortrag in der Presse vollständig wiedergegeben war. Jeder der erwähnten Erziehungsstellen war trefflich abgewogen und abgegrenzt.

Wie lange aber wird man gerade in Baden solche Erziehung zum Staat noch rühmen können? Ja, heißt es nicht schon heute: „Erziehung zur Partei“? Wird nicht in Vöhrrekeisen seit langem geklagt, es sei schon fast unbedingt nötig, entweder dem Zentrum oder der Sozialdemokratie anzugehören, um überhaupt eine bessere Stelle zu erhalten? Wird die mit solchen Zuständen verbundene Aushöhlung der Persönlichkeit nicht ungünstig auf die Kinder wirken? Wird das die Erziehung zum Staat in nur noch sehr eingeschränktem Maße möglich machen? Ferner: Werden von diesem Staate nicht auch schon heute Männer an unpolitische Stellen gesetzt, die eben doch nur wegen ihrer Parteizugehörigkeit dazu kamen? So war es Zeitungsberichten zufolge bei der letzten Beförderung des Präsidentenpostens am Badischen

Rechnungshof der Fall. Selbst ein Blatt, das der anscheinend baren Meinung ist: „Die parlamentarischen Minister sind notwendig“, schreibt über unseren neuesten „Sündenfall der Parteipolitik: „Über jede Verwaltung bedarf auch einer fachmännischen Kontrolle und der parlamentarische Rechnungshofspräsident ist ein Unding und eine unzulässige Uebertreibung der Parteiarithmetik auf Kosten der Staatsverwaltung.“

Wie wird das aber erst nach Einführung des Konkordates in Baden? Von dieser Frage gilt das schöne Stornische Oktoberlied: „Der Nebel steigt, es fällt das Laub!“ Es steigen nämlich die Nebel, die über die Konkordatsfrage gelagert waren. Noch sieht man nicht alles klar. Noch sind nicht alle Schwaden abgezogen. Haben sich vielmehr zu recht dunklen Wolken verdichtet. Sicher aber ist, wir werden das Konkordat bekommen und aller Wahrscheinlichkeit nach das mit der Schule! Dann wird der letzte Rest unserer Errungenschaften unter unseren beiden letzten Großherzögen, das letzte Stücklein, warum wir seit 1860 das Musterlande waren, dahin sein. Dann sind die letzten siebenzig Jahre Badischer Entwicklung umsonst gewesen!

Noch freilich ist es nicht so weit! Noch stehen unsere Hochschulen in schöner Blüte, die, wenn sie auch nicht das einzige Kennzeichen einer geistigen Entwicklung bilden, so doch in Baden immer unser ganz besonderer Stolz waren! Die Heidelberger Universität konnte zu ihrem Schurman-Bau, der „Neuen Universität“ den Grundstein legen. Sie kann mit dem Weiterbau beginnen, sobald sie eine leistungsfähige Firma gefunden hat. Die erste Firma hat versagt, obgleich man ihr, auf Grund früherer Universitätsbauten, glaubte das nötige Vertrauen entgegenbringen zu können. Auch Freiburg baut seine bereits begonnenen Bauten weiter. Aber der innere Ausbau mag uns gleichwohl Sorgen machen. Die man von Freiburg, es habe der dortige Rektor sein Amt niedergelegt, weil ihm die Regierung hehlings einen nur ihr genehmen Bibliothekar ausgenötigt habe; erst nach längerem Verhandlungen mit dem Ministerium habe er sich zur Neuübernahme seines Amtes wieder entschlossen. Und was soll man von Heidelberg denken? Dort, wo zu Beginn des 19. Jahrhunderts Markgraf und Großherzog Karl Friedrich die Universität von den Jesuiten hat reinigen müssen und die nach ihm seitdem mitbenannte Ruperto-Carola erst neu gegründet hat, im gleichen Heidelberg darf man keine geschichtlichen Vorträge gegen die Jesuiten halten! Wir berichteten bereits vom Kampf zwischen Tannenberg- und Windhorstbund. Mittlerweile fand doch ein Tannenbergbundvortrag über die Jesuiten statt. Gewiß stark auf Ludendorffs Deutschreligion eingestellt mit allen Verirrungen, die man von dem als General noch immer verehrten Mann und seiner ebenfalls gewiß nicht unbedeutenden zweiten Frau leider kennt. Aber daß die katholische Jugend hernach zu Straßenumzügen und Kundgebungen auf dem Universitätsplatz aufgetreten wurde und daß man unter anderem hören mußte, es hätten die Jesuiten unter ihren vielen Verdiensten auch die Heidelberger Universität gegründet (1836 und Jesuiten!), das war schon mehr als bezeichnend für den sich in den Konkordatschwangeren Köpfen breitmachenden Geist. Sieht es so aus, wird aus solchem Geist das neue Baden gebildet, dann mögen lieber zehn Ludendorffe regieren als ein Jesuit! Denn bei Wiederkehr der Jesuitenherrschaft würden nicht nur 70 Jahre badischer Entwicklung, sondern beinahe doppelt soviel Jahre rückgängig und nichts mehr bliebe übrig von badischer Art, wie wir sie verstehen!

Und doch könnte man seinen Eifer um die Volkseinsundung auf andern Gebieten viel richtiger und zweckmäßiger zum Brennen bringen! Aber da macht der führende Katholizismus in Baden erst recht nicht mit und — weite Kreise sogenannter Evangelischen leider auch nicht! Schon das letzte Mal handelte unser Brief von dem Antrag des „Evangelischen Volksdienstes“ im Badischen Landtag, es möchte Fastnacht verboten werden. Erfolg? Nicht gehauen und nicht gestochen! Der Minister des Innern erließ an die Bezirksamter einen Erlaß gegen „alle Auswüchse“, und alle Fraktionen außer den Antragstellern sahen damit der Angelegenheit Genüge getan! Der Zentrumsmann kann natürlich nicht anders, wie auf diese Weise zu der von seiner Kirche durchaus gebilligten Fastnachtsunfeste Stellung nehmen. Aber mußten die deutschen und die volksparteilichen Abgeordneten den „Evangelischen Volksdienst“ im Stiche lassen? Und wäre nicht gerade hier einmal wieder Grund gewesen, auf Württemberg zu schauen, wo man seit Jahren schon Fastnacht wenigstens von der Straße wegzubannen unternehmen hat, mögen auch die in erster Linie betroffenen Narrenzünfte und -gesellschaften noch so viel dagegen

„falsch!“ Und schließlich, was sind denn „Auswüchse“? Kann uns das der ministerielle Erlaß klar und deutlich darlegen?

Dass die badischen Gastwirte durch die Ablehnung wirklicher Maßregeln ihren „flüssigen Brot“-Weizen blühen sehen, ist bei der, an das Braugewerbe in Hörigkeit gebundenen, Einstellung unseres Wirtstandes leider nicht wunderbar. Er weiß nicht nur nichts von der oben erwähnten württembergischen Einschränkung, sondern will nichts wissen von den Folgeerscheinungen der Gastnachts-unfitten, hielt sich aber wohl gerade deshalb zu einer Eingabe an den Landtag für berechtigt. Und es gehen dem Wirtstand die Augen über seinen wahren Feind auch nicht auf, selbst wenn man jetzt lesen kann, wie die Großbrauereien sich verpflichten, nicht mehr fälschlich Geld zur Neugründung von Wirtschaften an die Gastwirtschaften zu leihen. Will sagen, daß die Großbrauereien es mehr und mehr zugeben, die Sklavenhalter der Wirt und Zäppler gewesen zu sein!

Würde das Braugewerbe so blühen, wie das Braugewerbe es tut, müßte es dem wahren Volksfreund lieber sein! Es würden dann doppelt soviel Arbeitskräfte beschäftigt werden können. Und hier in Baden wurde an Hand der Erwerbslosenziffern für 1929 ohnehin festgestellt, „daß der Konjunkturrückgang besonders in den Industriestädten schärfer in Erscheinung tritt als sonst im Reich“. Die Erwerbslosenziffer Mitte Dezember 1929 überschritt die des Vorjahres um 20 v. H. gegenüber nur 9 v. H. im Reich! Kein Wunder, daß Mannheim seinen Wohlfahrtsvoranschlag um über 1½ Millionen überschritten hat und jetzt an allen Ecken und Enden sparen muß! Oder daß auch der Staat mit Anstellung, besonders rechtskundiger, Beamter sehr zurückhält und in der Juristischen Wochenchrift Ministerialdirektor Dr. Schmidt vom Justizministerium vor dem Rechtsstudium ernstlich warnt. Denn es werden nur ganz wenige und besonders befähigte Juristen in den Staatsdienst aufgenommen. Aber auch der Rechtsanwaltsdienst ist stark überbesetzt! Dieser Stand hat sich seit zwanzig Jahren um rund 85 v. H. vermehrt. Im letzten Jahr kam auf 4000 Einwohner bereits ein Rechtsanwalt.

Kamen solche früher noch leichter in der Industrie unter, so ist auch diese Hoffnung durch die Unsicherheit der Industrie selber schwankend geworden. Wenn eine so alte Unternehmung wie die Karlsruher Maschinenbaugesellschaft nach fast hundertjährigem Bestand ihre Zahlungen einstellt; nachdem ein ganz andersartiges Unternehmen eine mit so großen Hoffnungen (und noch größerer Reklame!) ins Leben getretene Neugründung wie die Parker-Demia-Füllfederhalterfabrik in Heidelberg nachbarschaft Dossenheim ihre Porten schließt und ihr amerikanisches Geld über den Ozean in sicherere Gefilde zurückweist dann sind das absichtlich zwei verschiedene gewählte Beispiele für die gleich unsichere Lage alter und neuer Unternehmen.

Von der Landwirtschaft aber sprachen wir schon oft. Sprach auch der jetzige Reichs-Landwirtschaftsminister, der Badener Herrmann Dietrich. Rund 1500 Landwirte aus dem Mittelbadischen, Regierung u. Presse waren jüngst dazu in Rastatt erschienen. Es führte zu weit, auch nur Auszüge der reichsministeriellen Darlegungen zu geben. Man freut sich des sichtbaren Eifers, womit der Minister immer hilfreich zu sein sich bemüht. Unbeschadet grundsätzlich anderer Auffassung in der oder jener Frage. Man wird ihm aber auf alle Fälle recht geben, wenn er endlich daran denken will, zu verhindern, daß die Tabakanbauflächen noch mehr vergrößert werden dürfen. Wobei der unkundige Laie zum Erstaunen erfährt, daß diese Maßregel bereits beim Zucker schon im Brauch sei. Sollte man nicht gerade Zucker mit Macht bauen lassen und da-

für eben die Tabakflächen verwenden? Ist denn Zucker auf Tabakboden unpfanzbar? Ist Zucker kein wertvolles Nahrungsmittel und nicht zuletzt auch als Ausfuhrmittel verwertbar? Oder stehen die Zollverträge hier im Wege, so wie es uns der Minister bei dem Weinabsatz zu sagen wußte? Fragen um Fragen. Laienfragen, gewiß! Aber auch der Laie stößt mitunter auf Dinge, die er wissen will.

Dazu kommen aus allerlei Gegenden Klagen über den schlechten Absatz guten deutschen Obstes. Zimmervoll läge es in vielen Orten noch aufgespeichert und drohe zu verderben. Unterdessen verbrauchen, wie der „Aufwärts“ oft schon beklagte, die Städte sehr viel, aber oft minderwertiges Auslandsobst. Den Vogel aber schloß eine deutsche (?) Modezeitschrift. Sie schwafelte jüngst ihren Leserrinnen vor, das Inlandsobst verliere so nach Weihnachten oder etwas später seinen Reichtum an Vitaminen! Ist solch eine Behauptung nicht geradezu als Landesverrat anzusehen?

Wie erfreulich ist es doch, allen diesen Schwierigkeiten gegenüber, auch einmal etwas sehr Erfreuliches aus Landgemeinden vernehmen zu dürfen! Zunächst ließ die evangelische Kirchengemeinde Hohenbach bei Weinheim es sich nicht nehmen, ihren 200-jährigen Bestand feierlich zu begehen und schönes kirchliches Gemeindebewußtsein zu zeigen! Vielleicht noch erfreulicher — man wird mich wegen dieser Steigerung nicht mißverstehen! — ist ein Bericht aus dem von Hohenbach nicht allzuweit entfernten Leutershausen — dessen Pfarrer Teufsch als Führer des Evangelischen Volksdienstes zur Zeit im Badischen Landtag sitzt. Dort hat man unsern oben genannten Wunsch, Zucker auf bisherigen Tabakfeldern zu bauen, wahr gemacht unter Nachahmung eines bereits in Lügelsbach gegebenen Beispiels, wo sogar bei dieser Umstellung eine 4000-Zentner-Ernte erzielt worden ist. In Leutershausen geht man auch mit Nachdruck und zweckmäßiger Erwägung an die Vermehrung des Obstbaues, „normt“ die Obstärten und hat schon jetzt fast reiflichen Absatz im Rheinland und Norddeutschland. Man kennt in jenem Dorf auch keine Wohnungsnot, da seit Kriegsende 80 neue Wohnungen z. T. mit Gemeindezuschüssen errichtet wurden. Straßen-Kanalisationbauten, Vermehrung der Schulräume durch einen Schulhausneubau stehen weiter auf der Tagesordnung, während man anderweitig kaum das Bestehende zu erhalten weiß! Alle Achtung vor dieser „Märchengemeinde“! Und dabei sind es gar keine Märchen, sondern Tatsachen. Aber wie aus alter Zeit klingt das alles.

Zum Schluß sei noch dreier Männer gedacht, die für Baden von großer Bedeutung waren und sind. Geh. Hofrat Dr. Doll, Sohn des früheren Prälaten Doll, ist, 68 Jahre alt, abgerufen worden. Er war der Leibarzt unseres letzten Großherzogs und ist auch dessen Vater nahegestanden. Wie viel er auch für weitere Kreise bedeutete, kam bei der Beisetzung des Berewigten in schöner Weise zum Ausdruck.

Sein siebentes Jahrzehnt beschließen durfte in voller Rüstigkeit der bekannte Kenner und Förderer besonders badischer Geschichte, Geh. Rat Dr. Karl Ober. Zwanzig Jahre leitete er auch das Badische Generallandesarchiv, in dem er viele köstliche Schätze barg. Noch heute gibt er die Badischen Biographien heraus und war schon immer schriftstellerisch vielseitig tätig.

Und sogar 75 Jahre alt wurde soeben der badische, wenn auch in München lebende, Dichter Benno Rittenauer. Einem alten Gerbergeschlecht in dem badischen Franken entsprossen, war Rittenauer längere Zeit am Freiburger und Mannheimer Gymnasium als Professor tätig. Wie schon vorher, so machte er von dort große Reisen und blieb dann, wie er sich selber ausdrückte, 1904 in München hängen. Dort erschienen auch seine Dichtun-

gen, in denen er zum Teil unserer und seiner badischen Heimat ein schönes Denkmal setzte. Will einer aber sehen, wie der jetzt 75-Jährige noch immer festgemut im Tagewerk steht, der greife zu seinem auf seinen Ehrentag vom Georg Müller-Verlag in München herausgegebenen neuen Novellenband „Frau Saga“. Wohl ein Niederstich aus allerlei Herren Länder ist dies Buch ein Meisterstück, ja, wenn man so will, ein Brief aus Baden höherer Art, auch wenn er in München geschrieben worden ist!

Christlicher Volksdienst.

Nach dem Zusammenbruch der Front und des Reichs, der Währung und des Wirtschaftslebens war ein Warten im Volk auf etwas Neues. Viele warteten auf das Erscheinen einer großen, vaterländischen Partei, die alle umfassen sollte, die sich in diesem Sinn zusammenscharen, alle Rechtsparteien im Feuer einer neuen Begeisterung umschmelzen und auf einen neuen Boden stellen sollte. Wie ist in der Napoleonszeit die Liebe zu Volk und Vaterland neu erwacht und durch vaterländische Vereine, wie den „Tugendbund“ und andere Bünde geweckt und gepflegt worden.

Sollte eine solche Erhebung u. staatliche u. völkische Erneuerung auf christlicher Grundlage nicht mehr möglich sein? Sind doch im Christentum solche Erneuerungskräfte enthalten, wie für den Einzelnen, so auch für das ganze Volk. Aber die Sache liegt doch anders. Unser Volk steht nicht mehr wie einst voll und entschieden auf dem Boden des Christentums; ging doch in der Napoleonszeit eine geistliche Erweckung durch unser ganzes Volk hindurch. Und auch das ist anders. Diesmal ist nicht, wie 1807, nur der Staat, sondern auch die Staatsform (Königtum und Kaisertum) zerfallen und das Neue, das sich bildet, ist noch immer im Werden begriffen. Aber auf dem Boden des Volksstaates eine große vaterländische Einheit zuwege zu bringen, ist nicht gelungen. Es geht wie mit der Vaterlandspartei in China, die nach anfänglichen großen Erfolgen im Zusammenschluß gegen das Ausland, bei den Schwierigkeiten im Innern versagte. Wo ist nun ein gangbarer Weg aus dieser Not heraus? Wenn das Vaterländische versagt, sollte das Christliche und dieses allein uns als Volk doch noch retten können. Wir war eine „christliche“ Partei und eine christliche Parteipolitik ein Grauel. Wo das Christentum parteimäßig verhandelt wird, da wirtschaftet es seinen ewigkeitscharakter herunter, wird einseitig und wirkt zersplitternd. Die politischen und die wirtschaftlichen Fragen lassen sich nicht vom Christentum aus lösen. Es gibt nicht einmal eine christlich-allgemeingültige und allgemein anerkannte Lösung der Schulfrage und Kirchenfrage und der sozial-sittlichen Fragen. Darum ist ein christliches Parteiprogramm ein Unfim. Man kann nur ganz im Allgemeinen und mehr in negativer Art gewisse Richtlinien aufstellen. Aber der Christliche Volksdienst will keine „christliche“ Partei in diesem Sinn sein und lehnt ein christliches Parteiprogramm grundsätzlich ab. Er will nur entschieden christliche Persönlichkeiten, die sich dazu eignen und dazu hergeben, in die Volksvertretungen, Reichstag, Landtag und aufs Rathaus bringen. Man will den Gewählten kein Parteiprogramm vorschreiben und keinen Parteizwang zur Herstellung einer einheitlichen Abstimmung ausüben; sondern nur durch gemeinsame Durcbesprechung und Beratung eine gewisse Einheit herbeiführen und es im übrigen dem christlichen Urteil und Gewissen eines jeden überlassen, wie er sich in den einzelnen Fällen zu entscheiden hat. Da regen sich gewisse Bedenken. Wie kann der Christliche Volksdienst auf diese Weise eine geschlossene Einheit zuwege bringen. Eine solche ge-

Aus der Arbeit des Freusburg-Kreises.

Auf der Jugendburg Freusburg herrschte auch in den letzten Wochen wieder das flutende Leben der jungen Generation. Die Freusburgarbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung hat zu einer Reihe von Veranstaltungen eingeladen, die auch diesmal wieder aus den weitesten Kreisen Bescheid waren. Die dort geleistete Arbeit gibt einen trefflichen Auschnitt aus dem Aufgabengebiet des Freusburgkreises. Um die Weihnachtszeit leitete Professor C. Jos. Müller-Röln die 9. Freusburger Singwoche. Man erlebte erneut die enge Verbundenheit, welche die gemeinsame Arbeit an dem Volkslied und der Erneuerung der Volksmusik mit sich bringt und stand tapfer in Theorie und Praxis beisammen. Singen, Stimmbildung, Notensetzen, Chorgesang und methodische Arbeit in Verbindung mit Rhythmik, Gymnastik und Volkstanz gaben überreiche Betätigungsmöglichkeiten, die unter Anleitung der Mitarbeiter, Rektor Sahfeld-Paderborn und Frau Molly Weidemann-Röln planmäßig ausgenutzt wurden. Es hatte sich eine treffliche Schar, meist Neulinge, zusammengefunden, die recht bald in echter, kameradschaftlicher Gemeinschaft lebten. Der Gedanke der Lebenserneuerung, welcher die musikalische Arbeit beherrschte, fand auch Anwendung auf die Lebensweise und den wohlgeordneten Tageslauf. Eine durchgreifende Arbeit war insofern besonders leicht zu erreichen, als gleichzeitig die fünfte Haushalts- und Küchenwoche unter Leitung von Ernestine Koch und Hedwig Eichbauer stattfand. Innerhalb dieser Woche, die der Förderung neuzeitlicher Haushalts- und Küchenführung und naturgemäßer Ernährung diente, fand eine Reihe wichtiger Vorträge über die verschiedenen Teilgebiete dieser umfassenden Fragen statt, welche vor allem den Gestaltungswillen der jungen Frauengeneration, die Zusammenhänge zwischen Gesundheit und Ernährung, die Technik im neuen Haushalt, den biologischen Gartenbau und die gährungslose Früchteverwertung behandelte. U. a. war auch die bekannte Führerin auf dem Gebiete neuzeitlicher Haushaltsführung, Frau Dr. Erna Meyer, anwesend, deren Ausführungen besonders wertvolle Anregungen bo-

ten. Man spürte deutlich, wie wichtig es ist, diese Fragen in Verbindung mit der heutigen Kulturbewegung zu bringen. In langen und fruchtbaren Aussprachen wurden manche brennende Dinge des heutigen Lebens beraten. Die praktische Haus- und Küchenarbeit aber hielt die Teilnehmer und Teilnehmerinnen besonders stark zusammen. Wie stark diese Wochen allgemein Beachtung finden, geht daraus hervor, daß auch diesmal wieder mehr Anmeldungen vorlagen, als angenommen werden konnten.

Im Anschluß an die im vorigen Jahre stattgefundene soziale Schulungswoche veranstaltete die Freusburg-Arbeitsgemeinschaft eine Reihe von sozialen Wochenendtagungen, um vor allem der werktätigen Jugend sachliche Einführungen in die vielen Zweige der sozialen Fragen zu bieten. Die erste dieser Arbeitsgemeinschaften fand zur allgemeinen Einführung in Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege kürzlich unter starker Beteiligung der verschiedensten Kreise der jungen Generation statt. Es sprachen Professor Dr. Honigsheim, Reichstagsabgeordneter Joos und Frau Dr. Kraus vom Kölner Wohlfahrtsamt. Im Anschluß daran ergab sich eine recht rege und fruchtbringende Aussprache, die deutlich die Notwendigkeit dieser Zusammenkünfte zeigte und erneut den Beweis dafür gab, wie ernst es der jungen Generation heute um die Mitarbeit in Staat und Gesellschaft ist. Man kam zu dem Ergebnis, daß nicht Rückzug in ein Eigenleben abgeforderte Kreise, sondern aktive Beteiligung in den verschiedensten Verbänden und Parteien unausweichliche und verpflichtende Aufgabe der reiferen Jugend sei.

In Kürze finden weitere Arbeitstagungen statt, und zwar am 22.-23. 2., 22.-23. 3. u. 26.-27. 4. Außerdem plant man für die Zeit vom 23. bis 29. 3. eine Werkwoche für neuzeitlichen Gartenbau und vom 7. bis 13. 4. eine Laienspielwoche, in der auch das Handpuppenspiel gepflegt werden soll. Nähere Auskunft über die umfassende Arbeit dieses Kreises im Sinne einer neuen Lebensgestaltung gibt gerne das Arbeitsamt der Freusburg-Arbeitsgemeinschaft für Lebenserneuerung, Hilschenbach in Westfalen, Postfach 14.

Der rechte Mann am rechten Platz.

Der rechte Mann am rechten Platz ist ein altbewährter Grundsatz, der sich leider nicht immer so leicht durchführen läßt, wie er überzeugend klingt. Das bekommen insbesondere jetzt wieder die zu spüren, die vor der Frage stehen: Was soll unser Junge oder unser Mädchen werden? Die Berufswahl war schon immer eine schwerwiegende Frage, in der Gegenwart erscheint sie uns besonders schwierig. Die Industrie liegt vielfach am Boden, die Berufe sind überfüllt, die immer mehr um sich greifende Maschinenisierung macht ganze Berufe, die früher gut ihren Mann ernährten, überflüssig. Da gilt es, den Beruf gleichsam auf lange Sicht zu wählen.

Es ist nicht die Absicht dieses Artikels, Aufschluß zu geben über Fragen, die letzten Endes Sache der heute überall eingeführten Berufsberatung sind; zu sprechen über die Ausichten der einzelnen Berufe, der technischen Eignung des Jünglings usw. Nur einige Fingerzeige seien gegeben, deren Beachtung vielfach übersehen wird.

Bei vielen Eltern steht für die Berufswahl die harte Wirklichkeit im Vordergrund, die weder nach Eignung noch nach Neigung fragen läßt, sondern auf schnelle Verdienstmöglichkeiten sehen muß. Da aber, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse eine Wahl unter den genannten Gesichtspunkten noch gestatten, sollte man wirklich nicht in erster Linie nach dem schnellen und guten Verdienen fragen. Luther hat einmal das herbe Wort darüber gesprochen: „Sie stecken die Jugend allein in den Dienst des Bauches und des Besitzes; sie lassen die Jugend nichts weiter lernen, denn Nahrung suchen gleichwie eine Sau.“ Der Wert eines Menschen für sich selbst, für die Familie und für den Staat besteht doch nicht allein darin, was er an technischer und gutgezahlter Handfertigkeit leistet, sondern in wie weit er in diesem seinen Beruf ein Charakter geworden ist. Eltern und Lehrende, die diese Tatsache mißachtet haben, mühten nicht selten später ihre getroffene Wahl bereuen. Man sollte deshalb bei der Berufswahl nicht nur den Beruf, zum mindesten ebenso stark auch die Berufstelle als solche ins Auge fassen.

geschlossene Einheit sein, ist aber eben durch die Freiheit nem Urteil und durch Mehrheit müssen es dem, wenn in einze würden, doch, schaffende Macht doch eine Zielv besprechung u. Wählerchaft halten.

Man fragt, lichen Volksd, wie kann er g, allem Wirtsch liegt ihre Stär, ihre Weltansch wird durch Wirt, daß sie tief ins, Nöten eingreif, diesen praktisc, licher Landwir, auf, ein Landw, rechtigten, lan, eintreten, eben, seine Lehreinr, sollten eben d, Volksdienst so, und Geist berei, Wort kommen, gewisse Einseit, und Mißgriffe, Die Gefahr al, die Berufs- u, ringenden Stä, achten. Nur er, Volksdienst au,

Die Meinun, nerlich gesund, men in der Er, Staatswesens, Landes hat sich, Jrmahn hera, endgültig begr, Christliche Vol, menschluch unse, der verschiede, essen. So bin, Christlichen B, Jünglingen.

Die katholi, Rappoltswell, sprechenden B, kirchertals wä, daten. Schon a, daß in der Sti, didat durchkom, natürlcherweis, tionalkatholike, Rufach ihren, gubringen. Es, zwei Schläge d, stark getroffen

In erster O, Schulen durch, entscheidungsre, stimmt, ist der, dem Einfluß a, besser gesagt, d, in seiner Lehr, Jahren auch ir, Argen lag, die, auch heute noch, zuziehen. Im, arbeiter aus kl

Wenn am, wahl auf weite, daß ein solides, Ausichten hat, hat es, ganz ab, fertliche Entwickl, keit eine Umst, auch heute noch, den wir auf die, tätsware“ wie, aber den Qual, hört aber nicht, der wertvolle, ist aber die Leh, Platz. Hier wi, fertigt der Lehr, dem, was er e, was er zu ar, prüfung die An, sem Sinne betr, goldenen Boden, eines gediegene, angelegtes Kap, gediegene Grun, tragenen Sinne, den, bei denen, als Hausfrau g

feiner badischen
einer aber sehen
gemut im Tage
feinen Ehrentag
herausgegebenen
ein Niederschlag
ein Meßerschlag
den höherer Art
orden ist!

ienst.

und des Reichs,
war ein Barten
en auf das Erste
ei, die alle um-
aufmenschen,
Begeisterung um-
ellen sollte. Wie
k und Vaterland
reine, wie den
akt und gepflegt

u. völkische Er-
gt mehr möglich
e Erneuerungs-
so auch für das
andere. Unser
entschieden auf
h in der Napo-
ch unser ganzes
rs. Diesmal ist
auch die Staats-
lagen und das
werden begriffen.
ine große vater-
nicht gelungen.
China, die nach
menschl. gegen
im Innern ver-
dieser Not her-
ollte das Christ-
noch retten kön-
d eine christliche
tentum parteis-
es seinen ewig-
d wirkt gesplitt-
ftlichen Fragen
en. Es gibt nicht
d allgemein an-
irchenfrage und
christliches Par-
r ganz im All-
bisse Richtlinien
ienst will keine
und lehnt ein
ab. Er will nur
e sich dazu eig-
n. Reichs-
Man will den
eiben und hei-
neinheitlichen Ab-
einigkeitliche Durch-
Einheit herbei-
Urteil und Ge-
den einzelnen
gewisse Beden-
auf diese Weise
Eine solche ge-

Die Meinung aber, als ob irgend ein Stand noch in-
nerlich gesund genug wäre, um die Führung zu überneh-
men in der Erneuerung unseres Volkstums und unseres
Staatswesens zu neuem Aufstieg unseres Vater-
landes hat sich in all den Jahren seit dem Krieg als ein
Jrwahn herausgestellt. Diese Hoffnung werden wir
endgültig begraben müssen. Statt dessen bietet sich der
Christliche Volksdienst an, der einen christlichen Zusam-
menschl. unseres Volkes ermöglicht ohne Verleugnung
der verschiedenen christlich berechtigten Ziele und Inter-
essen. So bin ich aus einem Gegner ein Anhänger des
Christlichen Volksdienstes geworden.

Jglingen.

Pfarrer Wagner.

Aus dem Elsaß.

Die katholische nationale Partei hat in der Wahl von
Rappoltsweiler tatsächlich Erfolg gehabt. Die französisch
sprechenden Bewohner des Kaiserstuhls und des Mar-
kirchertals wählten geschlossen den nationalen Kandi-
daten. Schon aus der ersten Wahl (26. 1.) war ersichtlich,
daß in der Stichwahl am 2. Februar der nationale Kandi-
dat durchkommen würde. Ueber diesen Sieg jubeln
natürlicherweise die nationalen Zeitungen, da es den Na-
tionalen auch noch gelang, am gleichen Tag in
Auftrag ihren Kandidaten bei der Generalratswahl durch-
zubringen. Es ist nicht zu verhehlen, daß durch diese
zwei Siege die katholische Volkspartei des Oberelsasses
stark getroffen wurde.

In erster Linie gilt das für solche, welche nicht höhere
Schulen durchlaufen können. Während die Schule in den
entscheidungsreichen Jahren die Entwicklung stark be-
stimmt, ist der Lehrling eines praktischen Berufes ganz
dem Einfluß ausgesetzt, den der zu erlernende Beruf oder
besser gesagt, die Menschen auf ihn ausüben, mit denen er
in seiner Lehrzeit zusammen ist. So vieles in früheren
Jahren auch in den sogenannten kleinen Lehrstellen im
Arten lag, die Lehre bei einem Handwerksmeister ist
auch heute noch der Lehre in einem großen Betrieb vor-
zuziehen. Im großen und ganzen wird der „Qualitäts-
arbeiter aus kleinen Werkstätten hervorgehen.

Wenn am Anfang dieses Artikels von der Berufs-
wahl auf weite Sicht die Rede war, so ist damit gemeint,
daß ein solches Handwerk auch heute noch die besseren
Aussichten hat. Der Mensch mit einer gründlichen Lehre
hat es, ganz abgesehen von den Einflüssen auf die charak-
terliche Entwicklung, später leichter, wenn die Notwendig-
keit eine Umstellung erfordert, sich anzugleichen, oder ist
auch heute noch eine gesuchte Kraft. Letzten Endes wer-
den wir auf die Dauer den Weltmarkt nur durch „Quali-
tätsware“ wieder erobern, die Qualitätsware fordert
aber den Qualitätsarbeiter. Zum Qualitätsarbeiter ge-
hört aber nicht nur die Geschicklichkeit der Hand, sondern
der wertvolle Mensch als Ganzes. Zu dieser Entfaltung
ist aber die Lehrstelle im kleinen Betrieb der geeignetste
Platz. Hier wird nicht nur Teilarbeit gemacht, hier ver-
fertigt der Lehrling das ganze Stück, gewinnt Freude an
dem, was er erlernt, und fühlt Verantwortung für das,
was er zu arbeiten hat, weil die kommende Gesellen-
prüfung die Anerkennung seiner Leistung bringt. In die-
sem Sinne betrachtet, hat auch heute noch das Handwerk
goldenen Boden. Das Opfer an Geld, das die Erlernung
eines gediegenen Handwerks an die Eltern stellt, ist gut
angelegtes Kapital und kann dem jungen Menschen eine
gegebene Grundlage für das ganze Leben sein. Im über-
tragenen Sinne gilt natürlich dasselbe auch von den Mäd-
chen, bei denen noch viel mehr an ihren späteren Beruf
als Hausfrau gedacht werden mußte.

Hauffe in Konkursen.

Führt die neue Diskontierung eine Wendung herbei?
— Berlin, 6. Februar.

Die ersten Wochen des neuen Jahres haben eine
überraschend große Zahl von Betriebszusammenbrüchen
gebracht. Dabei stehen neuerdings die Schwierigkeiten
im Vergütungs- und im Bankgewerbe obenan. Es
liegt auf der Hand, daß dieses plötzliche Anschwellen der
Konkursziffern nicht lediglich in Saisonerscheinungen,
Steuer- und Kreditzahlungsterminen begründet ist, son-
dern seine tiefere Ursache in dem allgemeinen Stand
der deutschen Volkswirtschaft hat, auf der ein un-
geheurer Druck lastet. Insofern können die Ziffern
über Konkurs und Vergleichsverfahren als Barome-
ter der deutschen Wirtschaftslage angesehen
werden.

Im Jahre 1929 bewegte sich die Entwicklung der
Konkurse in einer unregelmäßigen Kurve. Ein vor-
läufiger Höchststand wurde im April erreicht, in dem
885 Konkurs zu verzeichnen waren. Dann sank die
Zahl der Konkurs wieder, um im Dezember mit 881
abermals die Aprilhöhe zu erreichen. Eine neue,
außerordentliche Steigerung brachte dann der Januar
1930! Neben den Konkursen muß man aber als wei-
teres Wirtschaftsbarmeter die Zahl der Vergleichs-
verfahren heranziehen, also die Fälle, in denen der
Konkurs durch einen außergerichtlichen Vergleich be-
endet wurde. Hier ist die Kurve noch steiler als bei
den Konkursen.

Insgesamt gab es im Jahre 1929 13095 Kon-
kurse und 4940 Vergleichsverfahren; 1928
wurden 10595 Konkurs und 3147 Vergleichsverfahren
registriert. Die ersten nahmen also um 24 Proz.,
die letzteren um 57 Prozent zu.

Die Erhöhung der Gesamtzahlen entspricht der
Verschlechterung der Konjunktur im Laufe des Jahres
1929. Die Spannungen und Zahlungsschwierigkeiten
sind am stärksten am Ende des Jahres. Sieht man auf
die Gewerkegruppen, dann sind die Banken am
meisten von den Zahlungsschwierigkeiten und Wirt-
schaftsverschlechterungen bzw. ihren Rückwirkungen be-
troffen. Die Steigerung der Zahl der Konkurs be-
trug bei ihnen im Jahre 1929 gegenüber dem Vor-
jahre 63 Proz., der Zahl der Vergleichsverfahren so-
gar 200 Prozent. Dabei ist aber zu berücksichtigen,
daß die Zahl der Bankeninsolvenzen im Jahre 1928
nicht erheblich war. Dagegen sind Produktion, Wa-
renhandel und Erwerbsunternehmungen nicht in glei-
chem Maße in die Zusammenbrüche verstrickt.

Daß das Jahr 1929 auch in Bezug auf Arbeits-
losigkeit ein Rekordjahr seit 1923 war, soll nur
nebenbei erwähnt werden. Leider setzte sich diese Ent-
wicklung im Jahre 1930 noch fort.

Die Zahl der Konkurs würde noch höher sein,
wenn nicht die geltende Vergleichsordnung den
Schuldnern einen außergerichtlichen Vergleich allzu-
erleichterte, zum Schaden der Gläubiger und der
Volkswirtschaft. Da die Mindestquote für den Ver-
gleich außerordentlich niedrig ist, wird die Geschäfts-
moral in einer Zeit anormaler und ungesunder Wirt-
schaftsbeziehungen nicht gerade gefördert. Die Schuld-
ner pflegen mit dem Antrag auf Eröffnung des Ver-
gleichsverfahrens regelmäßig so lange zu warten, bis
eine Masse kaum mehr vorhanden ist. Man spricht
daher mit Recht von einer Vergleichspsychose oder
Fäulniserscheinung. Die Gesundung unserer
Wirtschaft wird jedenfalls durch solche Geschäftsge-
barung nicht erleichtert.

Der Gesetzgeber wird sich mit diesen Dingen auch
einmal beschäftigen müssen.

Die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Ver-
hältnisse im neuen Jahr ist nach wie vor unübersichtlich.
Bedenklich stimmt vor allem das anhaltende Anstei-
gen der Arbeitslosenziffern, hat doch die
Arbeitslosigkeit nach den Vormeldungen der Landes-
arbeitsämter auch in der letzten Januarwoche noch eine
Zunahme um 70 000 Hauptunterstützungsempfänger
erfahren. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsemp-
fänger beträgt damit gegenwärtig 2 210 000!

Kennzeichnend für die schlechte Wirtschaftslage sind
ferner die Senkungen des Diskontsatzes, die
die Reichsbank innerhalb weniger Wochen vornehmen
konnte. Der Zweck, der mit diesen Maßnahmen ver-
folgt wird, ist natürlich der, durch die Verbilligung
des Kredits der Wirtschaft eine Anregung zu geben
und die Umsatztätigkeit zu steigern. Der im Januar
erfolgten Diskontsenkung ist dieser Erfolg nicht be-
schieden gewesen. Die Gold- und Devisenbestände der
Reichsbank haben sich nicht gehoben, sondern sie haben
noch eine, wenn auch geringfügige Zunahme erfahren;
die Wirtschaft aber hat keine erhöhten Anforderungen
gestellt. Hoffentlich wird nun die zweite Diskontsen-
kung anregend wirken.

Reichsrat für Youngplan.

Mit 48 gegen 6 Stimmen bei 12 Enthaltungen. —
Auch die Liquidationsverträge verabschiedet.

Das Plenum des Reichsrats nahm die Abstimmung
über die Gesetze zur Ausführung des Youngplans
vor. Der Youngplan selbst wurde mit 48 gegen
sechs Stimmen der Provinzen Ostpreußen, Branden-
burg, Pommern, Niederschlesien und des Landes Thür-
ingen bei 12 Enthaltungen (Bayern und Mecklenburg-
Schwerin) angenommen. Die Liquidationsver-
träge — darunter das Polenabkommen — verabschie-
dete der Reichsrat mit 43 gegen 12 Stimmen bei 11
Enthaltungen. Verabschiedet wurden ferner das neue
Reichsbank- und das neue Reichsbahngesetz sowie das
deutsch-amerikanische Sonderabkommen.

Der Bericht der Ausschüsse.

Als erster nahm in der Sitzung der General-
berichterstatter der Ausschüsse. Ministerialdirektor Dr.
Brecht, das Wort. Redner erklärte, der Durch-
schnittswert der gestellten Jahresleistungen mache für
die Gesamtdauer des Youngplans 1,8 Milliarden Mark
aus oder einschließlich der Dawesanleihe nicht ganz
2 Milliarden Mark. Die Einsparung für 1929 be-
trage unter Berücksichtigung der Zahlungen an Belgien
618,3 Millionen Mark und für 1930 665,1 Millionen

Mark. Der Gegenwartswert der gesamten Reparatio-
nen berechne sich auf 34 Milliarden Mark.

Die jetzige Reparationsendsumme, so fuhr der
Berichterstatter fort, erinnere also an das Angebot der
Regierung Fehrenbach-Simons, von 1921, das sich auf
einen Gegenwartswert von 50 Milliarden Mark ein-
schließlich der Vorleistungen aufbaute und von
den Gegnern, die 132 Milliarden gefordert hätten,
mit Hohn und Spott zurückgewiesen worden sei.
Das Nein der Gegner habe damals die Befestigung deut-
scher Städte zur Folge gehabt.

Einigkeit bestche darüber, daß auch die jetzt ver-
einbarten Jahreszahlungen immer noch so hoch seien,
daß niemand die Verantwortung für die gebliebenen
Aufbringung und Abführung der Tribute übernehmen
könne. Der Reichsrat habe in dieser Hinsicht die größ-
ten Zweifel. Es sei und bleibe in der Geschichte ohne
Vorgang, daß ein Volk neben seinen eigenen Kriegs-
kosten eine solche Kriegsschuld übernehmen sollte. Komme
es auf die absolute Höhe der Jahreszahlungen an,
dann hätte der Reichsrat das Abkommen abgelehnt.

Vier Gründe für die Zustimmung.

Bestimmend für die Annahme seien vier Gründe:
die sofortige Ermäßigung der Jahreszahlungen um
700 Millionen Mark gegenüber dem Dawesplan, die
Möglichkeit zu neuen Verhandlungen bei weiterer un-
günstiger Wirtschaftslage, die katastrophalen Folgen
einer Ablehnung und schließlich der Fortfall der Fi-
nanzkontrolle. Hinzu komme die Räumung des Rhein-
landes bis zum 30. Juni. Die Ausschüsse hätten sich
ferner davon überzeugt, daß die Sanktionsklausel
des Versailler Vertrags hinfällig geworden sei.

Für die bayerische Regierung bedauerte

Ministerpräsident Held

die erste Finanzlage. Zur Voraussetzung habe der
Youngplan eine gründliche Finanzreform, man müsse
daher die Abstimmung über die Youngpläne bis zur
Verabschiedung der Finanzreformgesetz zurückstellen.
Ueberdies sei das Abkommen wieder auf der Kriegs-
schuldfrage aufgebaut.

Reichsaußenminister Dr. Curtius

wandte sich gegen die Haltung des bayerischen Mi-
nisterpräsidenten und gab folgende Erklärung ab:

1. Die jetzige Reichsregierung hat ebenso wie die
früheren Regierungen des Reiches immer gegen
die Kriegsschuldfrage protestiert. Sie wird auch
weiter alles daransetzen, die Wahrheit ans Licht
zu bringen.
2. Die Reichsregierung hätte niemals einen Vertrag
getätigt, der eine Anerkennung der Kriegsschuld-
frage in sich geschlossen hätte.

Reichsfinanzminister Dr. Mosdenhauer

widersprach gleichfalls einer Vertagung und bemerkte
dabei, die Sanierung der Finanzen habe die Annahme
des Youngplanes zur Voraussetzung. Das Reichs-
kabinett prüfe übrigens bereits seine Vorschläge zum
Etat für 1930.

Der Vertreter des Landes Mecklenburg-
Schwerin gab eine Erklärung dahin ab, seine
Regierung sei gegen das Abkommen, werde aber trotz-
dem nicht dagegen stimmen, um nicht den Anschein zu
erwecken, als wolle sie die Befreiung des Rheinlandes
verzögern. Freiherr v. Gahl führte zur Begründung
der ablehnenden Haltung der vier Ostprovinzen aus:

„Wir sind der Auffassung, daß die erwünschte
und erhoffte Befriedung der Welt durch den neuen
Plan nicht durch einseitige und unerfüllbare Opfer
Deutschlands herbeigeführt werden kann, sondern daß
auch die übrigen beteiligten Mächte ihren Anteil
an der Liquidation des Krieges tragen müssen.“

Der Vertreter Thüringens beschränkte sich darauf,
seine Ablehnung anzukündigen. Damit war die De-
batte abgeschlossen. Nach Ablehnung des bayerischen
Vertragungsantrages folgte die oben wiedergegebene
Abstimmung.

Die Sowjets an der Arbeit.

Wieder vier Todesurteile in Rußland vollstreckt.

— Kowno, 6. Februar. Wie aus Moskau gemeldet
wird, wurden am Mittwoch morgen in Leningrad in der
Peter-Paul-Festung der Rittmeister Schiller und die ehe-
maligen Offiziere der zaristischen Armee, Fedotow, Kar-
taschow und Geyer, die wegen Fälschung von Tschernow-
zen zum Tode verurteilt waren, von der Wache der
G.P.U. erschossen. Alle Verurteilten lehnten es ab, um
Begnädigung bei den Sowjets zu bitten und erklärten,
daß sie überzeugte Monarchisten seien.

Schließung der Kirchen.

— Kowno, 6. Februar. Wie amtlich aus Moskau ge-
meldet wird, hat der Kongreß der orthodoxen Kirche in
Kiew unter dem Vorsitz des Bischofs Gruschewski
beschlossen, die Kirchen in der gesamten Ukraine zu
schließen. Zu dieser amtlichen Meldung verlaute in un-
terrichteten Kreisen, daß es sich hierbei nicht um einen
Kongreß der ukrainischen orthodoxen Kirche handelt.
Gruschewski besitzt keinen Einfluß auf die Massen der
Ukraine und ist erst von der Sowjetregierung zum „Bi-
schof“ ernannt worden. Der Beschluß ist daher als eine
bestellte Arbeit der Sowjetregierung anzusehen.

Verbannung der lutherischen Pastoren aus Leningrad.

— Niga, 6. Februar. Wie hier aus glaubwürdiger
Quelle verlaute, sind in Leningrad sämtliche lutheri-
schen Pastoren mit Ausnahme eines einzigen nach den
entlegenen Gegenden Rußlands verbannt worden. Am
schwersten traf das Schicksal den Bischof Malmgren.
Der zur Verbannung nach dem verurteilten Straflager
Solowki auf den Inseln des Weißen Meeres verurteilt
wurde. Außerdem wurden zwei Töchter des verstor-
benen Bischofs freigelegt getrennt nach Sibirien ver-
schickt. Die Nachricht löste hier größte Erschütterung
aus.

Demonstrationen am 12. März?

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die kommunistische Internationale einen Befehl an die kommunistischen Parteien Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs herausgegeben, am 12. März große kommunistische Kundgebungen zu veranstalten. Die Komintern will angeblich den 12. März als neuen Kampftag organisieren, weil der 1. Februar kein großes Ergebnis gezeitigt hat.

Man sollte denken, daß vorerst noch die Reichsregierung über Deutschland regiert — und nicht Moskau.

Landwirtschaftskammergesetz.

Die Hinzuziehung der Arbeitnehmer. — Eine Erklärung des Landwirtschaftsministers.

— Berlin, den 5. Februar 1930.

Der Preussische Landtag erledigte heute die zweite Lesung des Haushalts des Finanzministeriums, verabschiedete einige Eingemeindungsvorlagen und überwies das Gesetz zur Unterbringung beschäftigungslos gewordener Seminarlehrkräfte zur Vorberatung an den Ausschuss. Alsdann folgte die erste Lesung des Landwirtschaftskammergesetzes, das als wichtigste Neuerung die Hinzuziehung von Arbeitnehmer-Vertretern zu den Kammern bringt.

In der Debatte bezeichnete Abg. Vermögel (Dnt.) den Zeitpunkt der Umorganisation als nicht glücklich. Hoffentlich werde keine wesentliche Erhöhung der Kammerbeiträge kommen. Uebrigens müßten die gleichen Veränderungen auch in den Handels- und Handwerkskammern eingeführt werden.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger

äußerte sich über die von der Staatsregierung mit diesem Gesetz beabsichtigte Neuorganisation. Er führte aus, den wesentlichen Unterschied gegenüber dem bisherigen Zustand bilde die in dem neuen Gesetzentwurf vorgesehene Vertretung der Arbeitnehmer in den Landwirtschaftskammern. Der Gedanke müsse sich durchziehen, daß auch der landwirtschaftliche Arbeiter mit seinen Interessen zur Landwirtschaft gehöre. Von besonderem Wert sei auch die Einrichtung besonderer Berufsausschüsse für die Landwirtschaft, ebenso die Anweisung, daß die Staatsbehörden bei wichtigen Angelegenheiten die Kammer hören sollen.

Abg. Schmers (D. Vp.) bezeichnete es als unrichtig, ein preussisches Gesetz einzubringen, wenn das Reich mit der Schaffung eines Reichsrahmengesetzes beschäftigt sei. Der preussische Entwurf weise große Mängel auf, wie vor allem eine starke Beschränkung der Selbstverwaltung.

Abg. Brandenburg (Soz.) erklärte, die Interessen der Arbeitnehmer seien in dem Entwurf nur ungenügend gewahrt. Es sei ein Umling, die Söhne und Töchter der Besitzer als Arbeitnehmer anzusehen.

Abg. Werdes (Dt. Frakt.) hielt den Zeitpunkt für eine Neuorganisation des Landwirtschaftskammerwesens für ungünstig. Die Vorlage bedeute auch eine neue Belastung der Landwirtschaft.

Abg. Meyer-Hermendorf (Christl.-Soz. Volksb.) lehnte die Vorlage wegen ungenügender Berücksichtigung der Arbeiter ab.

Damit war die Aussprache beendet. Der Entwurf wurde einem besonderen Ausschuss von 29 Mitgliedern überwiesen.

Zum Schluss verabschiedete der Landtag noch eine Vorlage, die eine Reihe von

Veränderungen in der Organisation der Preussischen Staatsbank.

(Seehandlung) bringt, wobei entgegen der ursprünglichen Regierungsvorlage, die die Beamten auf Privatdienstvertrag anstellen wollte, die Beschlässe des Hauptauschusses beibehalten wurden, die das Beamtenverhältnis aufrecht erhalten.

Eine neue Plenarsitzung des Landtags findet erst wieder am 18. Februar statt.

Schobers Besuch bei Mussolini.

Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages am heutigen Donnerstag.

Ueber die erste Unterredung des gegenwärtig in Rom weilenden österreichischen Bundeskanzlers Schöber mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini wurde folgende Mitteilung veröffentlicht:

Der italienische Regierungschef hat den Bundeskanzler der österreichischen Republik empfangen und sich mit ihm anderthalb Stunden besprochen. Nachdem der Bundeskanzler der italienischen Regierung für die Österreich im Saag

getriebene Unterstützung gedankt hatte, übergab er Mussolini das große goldene Ehrenzeichen am Bande mit dem ersten Exemplar der in der österreichischen Bundesdruckerei herausgegebenen Wiedergabe des Gesetzbuches von Galeazzo Maria Sforza. Im Verlaufe der Unterredung wurde vereinbart, am heutigen Donnerstag zur Unterzeichnung des Freundschafts-, Vergleichs- und Schiedsgerichtsvertrages zwischen Österreich und Italien zu schreiten.

Wie jetzt bekannt wird, hat Bundeskanzler Schöber vor seiner Abreise aus Wien einem Journalisten gegenüber erklärt, ein herzliches Einverständnis zwischen Italien und Österreich hinge einzig und allein von Italien ab. Er werde auch versuchen, Mussolini auf die Härten der italienischen Politik in Süd-Tirol hinzuweisen, die einer Ausöhnung beider Völker im Wege stehen.

Politische Rundschau.

— Am heutigen Donnerstag begannen in Berlin Verhandlungen zwischen der deutschen und der tschechischen Walzindustrie.

— Das Reichsgericht hat die Verurteilung des nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Streicher zu zwei Monaten Gefängnis wegen seiner Artikel zum Huhmann-Prozess bestätigt.

— Kein Stillstand der Saarverhandlungen. Wie von zuständiger deutscher Stelle mitgeteilt wird, entsprechen die in einem Teil der Presse verbreiteten Meldungen von einem Stillstand der Pariser Saarverhandlungen nicht den Tatsachen.

— Industriehilfe für den Osten. Im Interesse der Verhinderung der Stilllegung der Union-Gesellschaft in Königsberg und der Komind-Aktiengesellschaft in Elbing will die Reichsregierung beiden Firmen Kredite gewähren.

— Eintritt Schlange-Schöningsen in die Landvolkpartei. Der aus der Deutschnationalen Partei ausgeschiedene Reichstagsabgeordnete Schlange-Schöningsen ist in die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei eingetreten.

— Baldiger Anschluß von Mecklenburg-Strelitz an Preußen? Die Verhandlungen zwischen dem preussischen Staat und Mecklenburg-Strelitz über dessen Anschluß an Preußen sind, wie wir erfahren, bis jetzt sehr günstig verlaufen, so daß ein baldiger Abschluß durchaus wahrscheinlich ist.

Annahme des Republikstiftungsgesetzes im Ausschuss.

— Berlin, 6. Februar. Der Strafrechtsausschuss des Reichstags hat die zweite Lesung des Republikstiftungsgesetzes beendet. Der Titel des Gesetzes lautet jetzt wieder „Gesetz zum Schutze der Republik“; der Zusatz „und zur Befriedung des politischen Lebens“ wurde gestrichen.

Jahresversammlung des Bäckerbundes.

— Berlin, 6. Februar. Die in Berlin tagende ordentliche Hauptversammlung des Reichsbundes landwirtschaftlicher Bäcker fand unter dem Zeichen der ungeheuren Pächternot. In der Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, es müsse alles daran gesetzt werden, um die Forderungen der Bäcker endlich zu verwirklichen: Ebenbürtigkeit des Pächters bei Vertragsabschluß — gerechte Verteilung der Bau- und Steuerlasten — Ertrag der Pächterarbeit (Meliorationen) — Sicherung des Pächterbesitzes im Interesse der Produktion — Inventarabnahmepflicht.

Rundschau im Auslande.

— Die ungarischen Staatsbahnen haben die Eisenbahntarife um 20 v. H. erhöht.

— In England wurden Ende Januar 1 491 500 Arbeitslose gezählt; die Zunahme gegenüber der Vorwoche betrug rund 18 000.

— Der amerikanische Richter beim Saager Gerichtshof, Hughes, hat sein Amt niedergelegt und wird das Amt des Präsidenten des Obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten antreten.

Tagung des internationalen Christlichen Gewerkschaftsbundes.

— Die Leitung des internationalen Christlichen Gewerkschaftsbundes hat in Utrecht eine Zusammenkunft abgehalten, wobei die Lage in den verschiedenen Ländern erörtert wurde. Am 25. und 26. April soll in Berlin eine Zusammenkunft des Verwaltungsausschusses des internationalen Christlichen Gewerkschaftsbundes stattfinden.

Attentat in Mexiko.

Anschlag auf den neuen Präsidenten.

— New York, 6. Februar. Nach einer Meldung aus Mexiko-Stadt gab ein junger Student fünf Revolverkugeln auf den neuen Präsidenten Ortiz Rubio ab, als dieser nach der Amtseinführung den Regierungspalast verließ. Es wurde niemand verletzt.

Französischer Raubbau.

Erdrutsch in einem saarländischen Bergmannsdorf.

Infolge des fortgesetzten Raubbaues der französischen Grubenverwaltung ist im Bergmannsdorf Altenwald im Saarrevier ein großer Erdrutsch entstanden, wodurch der Boden bis zu einerinhalb Metern inmitten der Gemeinde gesenkt wurde. Etwa 100 Quadratmeter sind von Rissen und Senkungen durchwirrt. Das ganze Gelände wurde zur Verhütung von Unglücksfällen abgesperrt.

Das Bergmannsdorf Bildstock hatte seit Freitag nicht weniger als sieben Rohrbrüche der Wasserleitung zu verzeichnen, so daß die halbe Ortschaft ohne Wasser ist. Auch die Wasserrohrbrüche sind auf die immer mehr an Umfang zunehmenden Grubensenkungen zurückzuführen.

Vom Felsblock bedroht.

Das Dorf Grezes in Südfrankreich, das aus etwa 30 Häusern besteht, schwebt in Gefahr, von einem riesigen Felsblock des das ganze Dorf überragenden Gebirges germalmt zu werden.

Seit undenklichen Zeiten haben die Bewohner des Dorfes die für ihre Bauten notwendigen Steine aus dem Gebirge gehauen und so im Laufe der Jahre den Felsen untergraben, der sich nach und nach immer mehr gelockert hat.

Nach den letzten starken Regenfällen besteht nunmehr die Befürchtung, daß der Riesenfelsen sich ganz löst und das Dorf unter sich begräbt. Die am meisten bedrohten Häuser wurden geräumt.

Man will nunmehr versuchen, den Felsen stütze mit Dynamit in die Luft zu sprengen, um das Leben der 400 Bewohner des Dorfes zu schützen.

Dammbruch in der Grenzmark.

Schneidemühl ohne Licht.

In den späten Abendstunden ist am Stausee bei Straßforth, etwa zehn Kilometer nordöstlich von Ostrow (Kreis Flatow) ein Damm gebrochen, wodurch sich etwa drei Millionen Kubikmeter Wasser in den Riddow-Fluß ergossen. Die Betonbrücke bei Straßforth ist schwer beschädigt, da durch die Wassermassen schwere Zementblöcke herausgerissen wurden. Die Wohnungen des Ortes Straßforth stehen vollständig unter Wasser.

Das Kraftwerk Vorkendorf, welches die Stadt Schneidemühl mit Licht versorgt, ist lahmgelegt. Die Riddow führt Hochwasser. Die Anlagen um Schneidemühl sind überflutet.

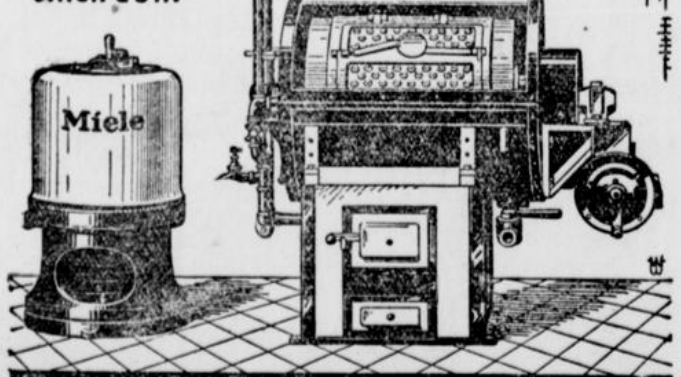
Local- und Provinzialnachrichten.

— Bielefeld, 6. Februar. 150 Posaunenbläser. Morgen (Freitag, 7. 2.) wird um 8 1/2 Uhr abends in der Neustädter (Marien-) Kirche eine „Musikalische Feierstunde“ geboten werden, ausgeführt von 150 Posaunenbläsern unter Leitung des bekannten Posaunengenerals Pastor D. Kuhlo, Bethel, mit Unterstützung des bekannten Betheler Horn-Oktetts. Es werden köstliche Perlen der alten unübertrefflichen Tonfäße geboten werden.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Westpolitik: Dr. F. Guttel. Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3916, Am Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Miele Hauswaschanlagen

für Hotels, Restaurants, Krankenhäuser, Sanatorien, Villen usw.



Mielewerke A.G. Gütersloh/Westfalen
Über 2000 Beamte und Arbeiter

Gärtner

25 J. alt, ev., verh., gläubig, sucht für sofort oder später Stellung in Herrschafts-, Guts- oder Anstalts-Gärtnerei. Erfahren in Gewächshaus- und Frühbeetkulturen, Pflanzpflege, Gemüse- und Obstbau. Gute Zeugnisse vorhanden. Gefällige Angebote erbeten unter A 6128 an die Geschäftsst. d. Bl.

WER?

möchte gerne einer kleinen Gemeinde in der Grenzmark mit zu einem Posaunenchor vertheilen? Es fehlen uns noch: 1 B-Tuba, 1 Es-Althorn, 2 B-Tenorhörner und 2 Es-Waldhörner, 1-2 Flügelhörner. Billige Angebote gebrauchter, guterhaltener Instrumente an: Gustav K. Leimke, Prediger, Schneidemühl, Grenzmark, Bismarckstraße 21.

Gebildetes junges Mädchen

in allen häuslichen Arbeiten und in Kinderpflege erfahren, zum 1. März nach Dresden gesucht. Mädchen vorhanden. Angeb. an Frau L. Meyer, Bielefeld, Bismarckstraße 2a

Ältere Dame sucht für Anfang März geb., evang.

Stütze

zur Gesellschaft und Hilfe im Haushalt. Frau Geheimrat Schilling, Gießen a. St. Barel in Oldenburg, Marienlustgarten 8

Gesucht zum 15. März oder 1. April 1930 eine kinderliebe

Haustochter

in kl. christl. Landhaushalt an der schönen Bergstraße. 5 Kinder im Alter von 1 1/2-7 1/2 J. Waschfrau und gelegentliche Hilfe vorhanden. Die Mutter arbeitet alles selber mit. Voller Familienanschluß und gute Behandlung. Schlicht und schlicht. Alles Weitere auf Anfrage an Frau W. Grünwald, Zwingenberg (Hessen).

Der Wert einer Anzeige

wächst mit der Dauer ihres Erscheinens.

Musikalische Feierstunde

Freitag, 7. Febr., abends 8 1/2 Uhr in der Neustädter Kirche; 150 Bläser.

Leitung: Pastor D. Kuhlo.

Gemüse-, Feld- u. Blumenamen

Knollengewächse: Dahlien, Gladiolen, Begonien. Baumkulturarbeiten: Obstbäume, Ziersträucher, Rosen, Nadelgehölze. — Blütenstauben usw.

Gärtnerei und Samenhandlung der Anstalt Bethel b. Bielefeld.

Ausführliche Preislisten senden wir gern auf Wunsch zu.

Bethel.

— Turnverein „Jahn“ DT. Heute, Donnerstag, 6. 2. abends 8 Uhr Jahreshauptversammlung in der Kaffee-stube. Der Vorstand.